

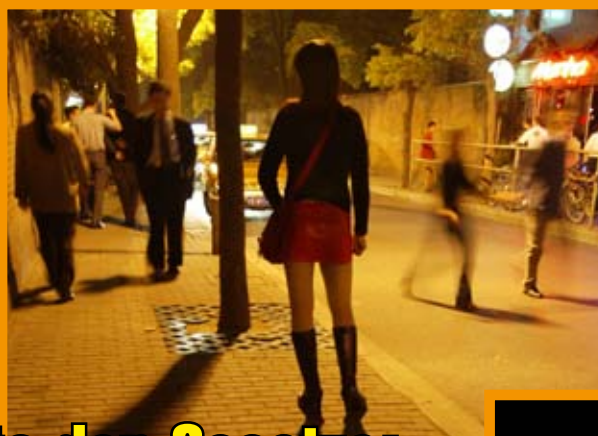


TOP-Thema:
Gier nach Macht

KONFERENZ 2011:
**Im Internet setzt
das Hirn aus**

Ausland:
**OK am Beispiel
Kosovo**

Kriminalanalyse:
**Die (fast)
Allwissenden**



Geschäfte abseits der Gesetze:

Organisierte **K**riminalität





1.900 Experten

Ohne Experten kann eine Polizei nicht auskommen, vor allem nicht im Bereich des Kriminaldienstes. Der überwiegende Teil der Experten muss von der Polizei selbst ausgebildet werden, weil es keine entsprechenden Studienfächer gibt. Viele dieser "hausgemachten Fachleute" sind im Laufe ihrer Karriere zu anerkannten Gerichtssachverständigen geworden. Ein geringerer Teil des Expertenwissens, vor allem aus dem Bereich der Naturwissenschaften, muss zugekauft werden, weil innerhalb der Polizei dieses Wissen nicht vermittelt werden kann.

Die Internetkriminalität hat sich im Lauf der letzten Jahre zur Gefahr des 21. Jahrhunderts entwickelt. Dort haben sich unzählige neue Betrugsarten etabliert. Doch auch bei vielen herkömmlichen Delikten wird das Internet als Tatmittel eingesetzt. Mit traditionellen Ermittlungsmethoden ist die Internet- oder Cyberkriminalität nicht zu bekämpfen, man braucht Experten. Die Polizei (und ich meine damit nicht allein die österreichische) hat auf diese Entwicklung vorerst nur verhalten reagiert. Die Potenz der Internetkriminalität wurde schlichtweg unterschätzt. Vorerst glaubte man mit Polizisten, die private Vorkenntnisse hatten und von Amts wegen weitergebildet wurden, auszukommen. Bei aller Hochachtung für diese Beamten, aber die Kriminalität auf diesem Gebiet hat zwischenzeitlich eine ungeahnte Komplexität erreicht, die eine Tiefe des Wissens verlangt, welche durch Kurse kaum erreichbar ist. Ein Experte auf diesem Gebiet braucht keine Polizeischule sondern ein Studium.

Kommen wir von der theoretischen Betrachtung zur Praxis. Den Anstoß verstärkt gegen Kriminelle aus dem Internet vorzugehen gab die neue Innenministerin Dr. Johanna Mikl-Leitner.

300 Internetexperten sollen der Kriminalität per Mausklick ein Garaus machen und 200 PC's mit entsprechender Software angeschafft werden. Die Anschaffung der PC's wird sicher kein Problem sein, doch wo findet man 300 Internetexperten? Nach 35 Jahren Polizeidienst wächst in mir der Verdacht, dass man Internetexperten durch Handauflegen erzeugen wird. Es wäre nicht das erste Mal, dass man mittels eines Crashkurses Experten aus dem Boden stampft. Die Vorzeichen lassen Entsprechendes befürchten. So besteht die angekündigte Task-Force „Cyber Crime Competence Center (C4)“ bisher nur aus dem Journaldienst des BKA.

Genügend einschlägige Fachleute zu finden, wird sicher schwierig werden. 300 Experten für die Polizei sind aber ein Pappentier gegen die Ankündigung des Verteidigungsministers Norbert Darabos. Dieser will gar 1.600 Internetexperten in seinem Ministerium haben. - Ein frommer Wunsch, denn die gibt es in ganz Österreich nicht. Auch hier habe ich eine Befürchtung: so könnten nicht mehr benötigte Soldaten einfach zu Internetexperten umfunktioniert werden. Abgesehen davon erhebt sich auch die Frage, ob die Gefährdung des Staates so hoch ist, dass 1.600 Experten des Bundesheeres gegen Cyberterroristen vorgehen müssen, während bei der Polizei für die gleichen Aufgaben nur 300 Fachleute benötigt werden.

Richard Benda,
Präsident

INHALT

EDITORIAL 1.900 Experten	3
NEWS Nationale und Internationale Kurzmeldungen	5
TOP-THEMA Gier nach Macht	6
TECHNIK Die (fast) Allwissenden	11
HISTORIE Organisierte Kriminalität im Wandel	13
INTERN - Transnationale Organisierte Kriminalität - Heißer Job für Dr. Luczensky - kripo.Intern	16 16 17
AUSLAND - Organisierte Kriminalität am Beispiel Kosovo	19
KONFERENZ 2011 Im Internet setzt das Hirn aus	25
KOMMENTAR OK ist mehr	29
MIX: Ente in der Krone	30



USA: Endzeit für die Cosa Nostra

Was waren das für Zeiten als Namen wie Gambino, Genovese, Bonnanos, Lucchese und Colombo die Menschen zur Zeit der Prohibition erschauern ließen. Diese Namen waren Legende, bildeten sie doch den Kern der Cosa Nostra und damit des organisierten Verbrechens. Doch die Zeiten der großen Mafiakriege in den Jahren 1962/63 und 1981/83 sind vorbei. Nach und nach mussten die Familien ihre Gebiete an zumeist mexikanische Banden abtreten. Und auch das Gesetz der Omerta wurde immer mehr gebrochen. Diesem legendären Ehrenkodex entgegenstehend waren es Insider, Aussteiger und Ehemalige die vor der Polizei auspackten und Hintergrundinformationen lieferten. Der möglicherweise ultimative Schlag gegen die Mafia mit italienischen Wurzeln erfolgte Anfang dieses Jahres. 127 mutmaßliche Mafiosi wurden in New York im Zuge einer Razzia festgenommen, darunter Capos und herausragende Mitglieder aller fünf führenden Familien, die jahrzehntelang die Ostküste der USA beherrschten. Alle Festgenommenen befinden sich zurzeit auf einem Gefängnisschiff vor der Küste New York – etwas schwierig von hier aus den Drogenhandel zu leiten.



Deutschland: Brandenburgs Polizei wird ausgedünnt



Um 455 Planstellen (21% des Personalstandes) soll die Brandenburger Kripo reduziert werden. Eine Maßnahme, welche die Interessenvertretung der Kriminalisten, der „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ nicht unwidersprochen hinnehmen kann. Die Besorgnis, dass die Kripo als Ausgleich für die Zusagen, die der brandenburgische Innenminister Dr. Woidke an andere Bereiche gab, erhalten muss, steht im Raum. Die Entscheidung für ein im Unterschied zum präferierten Abteilungsmodell deutlich personalintensiveres Stabsmodell, das Einlenken beim Personalabbau bei der Bereitschaftspolizei, sowie die klaren politischen Aussagen zum Erhalt der schutzpolizeilichen Präsenz in der Fläche, lassen für die Kripo nichts Gutes ahnen. Dem Minister wird auch vorgeworfen in einer Aussendung unterschwellig gegen die Kripo Stimmung zu machen. Dort wird der Kripo vorgeworfen, dass sie trotz rückläufiger Kriminalitätsbelastung ihren Anteil an der Gesamtpolizei ausgebaut hätte.

Nach einer Aussendung von Cop2Cop hat der Brandenburgische Landtag einen Stellenabbau bei der Polizei um 1.900 Beamte beschlossen. Dies bedeutet für die Kripo zwischen 2008 und 2020 einen Personalrückgang von 32,7%.



Deutschland: Verbrechen auf der Spur



Die IT-Forensik ist mittlerweile zu einem wichtigen Bestandteil in der Aufklärung von Verbrechen geworden. Damit die Aufdeckung der IT-Verbrechen oder Beweissicherung auch professionellen Herausforderungen entspricht, wird etwa an der Fachhochschule Aachen Informationstechnik-Forensik gelehrt. Im Studiengang Informatik am Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik wird Studierenden das Wahlpflichtfach "IT-Forensik" angeboten. An einem forensischen Arbeitsplatz erlernen die Studierenden den gesamten Prozess einer forensischen Analyse. Menschen hinterlassen digitale Spuren im Internet, über unser Navigationssystem oder über das Mobiltelefon. Auch Kriminelle hinterlassen virtuelle Abdrücke. Um den Verbrechern im Zusammenhang mit IT-Systemen auf die Schliche zu kommen, müssen die Daten identifiziert, gesichert und analysiert werden. Abschließend wird ein Bericht über den Vorgang gemacht. Jeder einzelne Schritt ist lückenlos zu dokumentieren, nur dann sind die Daten gerichtlich verwertbar. Datendiebstahl, illegale Transaktionen oder groß angelegte Scheingeschäfte von Unternehmen können so aufgedeckt werden.



Deutschland: Mietauto mit Blaulicht

Eine Superidee hatte ein Autovermieter in Hamburg. Er ließ einen VW - Touareg mit Blaulicht und Folgetonhorn ausrüsten und wollte diesen an Rettungsorganisationen bzw. Notärzte vermieten. Die Hamburger Feuerwehr sah diese Geschäftsidee als nicht gesetzeskonform an und klagte. Das Ergebnis: Das Oberlandesgericht der Freien Hansestadt Hamburg schloss sich der Meinung der örtlichen Feuerwehr an. Blaulicht und Folgetonhorn dürfen nur Fahrzeuge einer Organisation haben, die als Rettungsdienst anerkannt ist. Ein Autovermieter ist logischerweise kein Rettungsdienst und auch wenn dieses Fahrzeug nur an Rettungsdienste oder eine Blaulichtorganisation vermietet werden soll, genügt es nicht das Fahrzeug entsprechend auszurüsten.





Gier nach der Macht

Im Juli 1996 wurde der spektakuläre Mord an dem damals 50jährigen David Sanikidze in der Wiener Innenstadt verübt. Sanikidze war nicht nur ein Freund des ehemaligen georgischen Präsidenten Schewardnadse, sondern galt auch als Statthalter der georgischen Mafia. Die Mörder konnten gefasst und verurteilt werden.

Die Organisierte Kriminalität (OK – auch TOK transnationale OK) „... weist in der Regel eine starke Ähnlichkeit mit dem Aufbau und der Funktionsweise legaler Unternehmen auf. Typisch sind verschiedene Ausprägungen mit deliktspezifischem, strukturellem, historisch kulturellem und geografischem Hintergrund.“ (Walter Pretzner, Leiter der EDOK 1992-2002)

Aus diesem Grund ist der Bekämpfungsansatz in den einzelnen Staaten unterschiedlich, wenngleich sich bestimmte Parameter in jeder Definition finden. In Österreich wählte man 1993 die Variante des in das Strafgesetzbuch aufgenommenen §278a StGB (fälschlich als Mafia-Paragrafen bezeichnet). Dieser Paragraf

wurde zwischenzeitlich novelliert, zurzeit steht wieder eine Änderung bevor.

Schlaglichter

Schlaglichter auf einzelne Beispiele sollen zeigen, wie das Bewusstsein für das Phänomen OK geschärft wurde.

In den 70er Jahren koordinierte General Dalla Chiesa in Italien den Kampf gegen den Terrorismus. Seine Ermordung 1982 führte unmittelbar zu dem Gesetz im "Codice Penale Italiano §416bis (Associazione di tipo mafioso) - eine Organisation, die gewisse Bedingungen erfüllt, wird als mafiös bezeichnet. Deziert wird hier die Camorra als Mafiaorganisation erwähnt.

Bereits in den 80er Jahren konnten wir in

Österreich Erfahrungen mit der Camorra machen: Der Neapolitaner Maisto, der bei dem in Wien lebenden Neapolitaner Di Nardo zu Besuch weilte, wurde durch mehrere Kopfschüsse „in einer Ehrensache“, wie er sich ausdrückte, schwer verletzt. Di Nardo selbst wurde kurze Zeit später bei Neapel in seinem ausgebrannten Wiener Pkw erschossen aufgefunden. Maisto überlebte Di Nardo nicht lange, er wurde kurz darauf in Neapel ermordet, beide Neapolitaner waren Camorristen.

Auch die Spuren der sizilianischen Mafia zeigten sich in den 80er Jahren in Österreich: Calvi, der „Bankier Gottes“, verwickelt in den riesigen Finanzskandal der Banco Ambrosiano und die Machenschaften der Loge P2, flüchtete 1982 unter österreichischer Mithilfe und Begleitung über Kärnten nach London, wo man ihn unmittelbar danach im Juni 1982 erhängt unter der Blackfriars Bridge fand. Gewisse Umstände ließen damals die lange Hand der Mafia erkennen, eine Vermutung, die sich 2002 bestätigte. Calvi soll über eine Milliarde Mafia-Euro in den Sand gesetzt haben.

Bekämpfung

Die Bekämpfung der TOK ist aufgrund der Strukturen der Gruppierungen, insbesondere der meist ethnischen Abschottung, der Verhaltensregeln, der Repressalien und der Muttersprachen der Mitglieder, die in den meisten Fällen von Dolmetschern zu übersetzen sind, äußerst schwierig und nur mit großem technischen, zeitlichen, materiellen und personellen Aufwand nachhaltig zu gewährleisten. Die Verwendung modernster Kommunikationsmittel durch die TOK stellt die Ermittler vor unlösbare technische Fragen.

Eingedenk dieser Tatsachen und des vermehrten Auftretens des Phänomens TOK nach 1990 in Österreich, wurde seitens des damaligen Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Dr. Michael Sika, im November 1992 die EDOK (Einsatzgruppe D OK) installiert. Unmittelbar davor wurde in Wien eine OK-Gruppe eingerichtet, danach auch in den ande-

ren Bundesländern. Die Philosophie der EDOK bei der Bekämpfung der OK war ein ethnischer und kein deliktischer Ansatz, agieren nicht nur reagieren war das Bestreben. Bis zur Auflösung der EDOK 2002 war Mag. Pretzner der Leiter dieser Sondereinheit.

Die erwähnten Probleme bei der Bekämpfung der TOK sowie die schwierige Beweisführung vor Gericht brachten es mit sich, dass die Statistik für das Jahr 2009 18 und für das Jahr 2010 lediglich 14 Anzeigen aufwies.

Beachtenswert scheint in diesem Zusammenhang, dass in einem durch das .BK koordinierte Ermittlungsverfahren in den Jahren 2009 und 2010 allein 11 Verurteilungen nach §278a StGB ausgesprochen wurden und gegen 30 Mitglieder Gerichtsverhandlungen unter anderem nach § 278a StGB noch ausständig sind.

Erscheinungsformen der TOK

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen der TOK haben weltweit sowohl quantitativ als auch qualitativ ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Eine Aufzählung der Betätigungsfelder der OK, wenn auch nur beispielhaft, kann aufgrund der Flexibilität der Täter nur kurzlebig und unvollständig sein. Alle Bestrebungen der TOK haben aber nur ein Ziel: die Gewinn- und Machtmaximierung. Um diese Ziele zu erreichen, ist der OK jedes Mittel recht.

TOK in Österreich - auszugsweise

Eine spezifische Gruppe stellt eine international tätige Organisation aus dem **ehemaligen Jugoslawien** in Wien dar. Ihre Mitglieder stammen mit wenigen Ausnahmen aus dem SANDZAK-Gebiet in Serbien, sie zeichnen sich durch extreme Gewaltbereitschaft aus (s. Café Capuccino-Mord). Ihr krimineller Aufgabenhorizont umfasst Schutzgelderpressung, Suchtmittelhandel und als Besonderheit die Kontrolle über bestimmte

öffentliche Veranstaltungen, bei denen Sänger aus dem Ursprungsland auftreten. Ein nicht unwesentliches Standbein der Organisation sind strafbare Handlungen im Bereich des Bauwesens (Sozialbetrug). Aufgrund verschiedener polizeilicher Ermittlungen in den letzten Jahren ist diese Gruppe „geschwächt“, etliche Mitglieder wurden verurteilt - ein kriminalpolizeilicher Erfolg.

In den letzten Jahren konnte die Einreise von mehreren mutmaßlichen Führern bekannter krimineller Organisationen nach Österreich festgestellt werden, die ihr Hauptbetätigungsfeld in **Moldawien, Georgien oder der Russischen Föderation** haben. Ihre Aufenthalte dienten nachweislich dazu, Besprechungen mit hier lebenden Mitgliedern der Organisationen abzuhalten.

In Österreich entwickelten sich innerhalb der verschiedenen Nationalitäten Strukturen, die aus mehreren Ebenen bestehen und kriminellen Führern im Ausland unterstehen. In Linz, Wien, Innsbruck und Graz konnten Führungspersonen der Georgischen, Armenischen und Moldawischen OK, welche direkt den in Spanien, Tschechien, Frankreich und Russland lebenden Anführern unterstellt sind, identifiziert werden. Sie agieren als deren Vertreter in Österreich.

Diese Führungspersonen (sog. „Diebe im Gesetz“ oder „Smotryashi“ – s. hierzu die Ausführungen) sorgen dafür, dass die „Gesetze“ der kriminellen Welt eingehalten werden. Viele dieser Straftäter tragen ständig Schusswaffen und schrecken nicht davor zurück, sie auch zu gebrauchen. Nach erfolgten Festnahmen wird Zeugen, Ermittlungsbeamten und auch Justizangehörigen offen mit Gewalt gedroht. Aus diesem Grund mussten in ganz Europa bereits mehrere Polizei- und Justizbeamte unter Personenschutz gestellt werden.

Tätergruppierungen aus Georgien, Tschetschenien, Moldawien, Armenien und Russland sind im Bundesgebiet bereits kriminell höchst aktiv. Die so genannten „Soldaten“ dieser Organisationen bestreiten ihren Lebensunterhalt



Für Exekutive und Justiz fast ein Kampf gegen Windmühlen

mehrheitlich durch Begehung von Eigentumsdelikten. Georgische und moldawische Straftäter sind auf die Begehung von Einbruchsdiebstählen spezialisiert, armenische und russische Täter begehen vorwiegend Diebstähle aus Geschäften. Laut Statistik Austria leben in Österreich ca. 180.000 **türkischstämmige Personen**, ca. 73.000 davon in Wien. Es ist (nach den deutsch- und serbischstämmigen Personen) die drittstärkste ethnische Gruppierung in Österreich. Verlässliche Quellen sagen, dass sich in den letzten Jahren ethnische Türken immer öfter mit OK-Gruppen anderer Ethnien, z.B. albanischen, bosnischen und tschetschenischen OK-Gruppierungen verbünden. Die türkischen kriminellen

Organisationen beschäftigen sich mit Suchtmittelhandel, Schlepperei, Geldwäsche und Schutzgelderpressungen, wobei sie versuchen, Letzteres durch das Anbieten von Security-Dienstleistungen zu legalisieren.

Seit 2009 ist ein Ansteigen der **rumänisch dominierten Gruppen** der OK zu verzeichnen. Ihre kriminellen Aktivitäten umfassen vor allem die Eigentumskriminalität. Diese Gruppierungen sind nicht in einer einheitlichen hierarchischen Struktur nach oben organisiert, sondern halten lose Verbindungen untereinander, was die Bekämpfung besonders schwierig macht. Neuen Erkenntnissen zu Folge steht an der Spitze der jeweiligen lokalen Gruppierung ein Boss, der na (auch Godfather) genannt wird.

Diebe im Gesetz

In den Ländern Russland, Georgien und Ukraine existieren die „Diebe im Gesetz“ seit ungefähr einem Jahrhundert. Die „Diebe im Gesetz“ werden dort wie folgt definiert:

Russland:

Ein „Dieb im Gesetz“ ist ein Mitglied einer organisierten kriminellen Formation (OCF), der während eines „Diebestreffens“ gekrönt wurde. Er verfügt über Autorität in der kriminellen Welt, folgt den Traditionen und hält die Ideologie des kriminellen Lebensweges aufrecht.

Definition einer OCF

OCF = eine kriminelle Organisation mit starkem Einfluss auf die kriminelle, wirtschaftliche, soziale und politische Situation einer Region eines Landes

Georgien:

Ein „Dieb im Gesetz“ ist ein Mitglied eines kriminellen Kreises, der, auf welche Weise immer, die Aktivitäten des kriminellen Kreises in Übereinstimmung mit dessen Regeln leitet und verwaltet.

Ein krimineller Kreis ist eine Gruppe von Personen, die in Übereinstimmung mit den gefassten Regeln agiert und diese akzeptiert, und deren Absicht es ist, Bereicherung für sich selbst oder Andere durch Drohungen, Einschüchterung, Erpressung, Schweigeverpflichtung, Lösungen bei kriminellen Konflikten, Anwerbung junger Menschen, Begehung von Verbrechen oder Anstiftung zur Begehung von Verbrechen, zu erreichen.

Ukraine:

Ein „Dieb im Gesetz“ ist nach herkömmlichem Verständnis eine höchstrangige Position (jedoch nicht als Anführer) einer Person in einer kriminellen Gesellschaft. Dies bedeutet, dass der „Dieb“ während eines speziellen Treffens („skhodka“) gewählt und von der gesamten kriminellen Gesellschaft respektiert wird. Er agiert als Richter bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der kriminellen Welt und muss einen speziellen Lebensstil einhalten (keine Verwicklung in Gewaltverbrechen, darf kein eigenes Vermögen und Luxusartikel besitzen, und hat immer die so genannten Diebesgesetze zu befolgen). Ein „Dieb im Gesetz“ kann bei einem speziellen Treffen „enthront“ werden, falls er die Diebesgesetze verletzt.

• Thomas Rossa
Redaktionell bearbeitet
von Helmut Bärtil

(der vollständige Artikel kann auf www.kripo.at nachgelesen werden)

Resümee

Meine Ausführung, die aus verschiedenen Quellen, wie z.B. Sicherheitsberichten (*Sicherheitsberichte des Leiters des OK-Büros im .BK Gerhard Joszt*), Ermittlungsverfahren udgl. stammen, versuchen, das Phänomen OK zu beschreiben und für die Thematik zu sensibilisieren. OK ist eine Hydra, die global mit dem Ziel agitiert, Macht auszuüben und/oder immense illegale Gewinne zu lukrieren. Zu ihrer Enttarnung erfordert es nicht nur deliktische und strukturelle, sondern auch historisch-kulturelle, geografische und ethnische Sichtweisen.

Um ein qualitatives, nachhaltiges Bekämpfen des Phänomens OK auf allen Ebenen zu gewährleisten, bedarf es zum einen Spezialisten und keiner Generalisten und zum anderen Werkzeugen, wie z.B. die bereits seit 1993 geforderte OK-Datenbank und aktuelle technische Unterstützung, um den kommunikations- und informationstechnischen Vorsprung der OK zeitnahe auf der Ferse zu bleiben. Ein Überholmanöver scheint aussichtslos. Dieser Beitrag wurde mit dem Wissensstand vom 6. Juni 2011 verfasst, mit möglicherweise kurzfristigen Veränderungen auf Grund aktueller Entwicklungen ist durchaus zu rechnen.

• Helmut Bärtil

Die (fast) Allwissenden

Es gibt sie wirklich, die fast Allwissenden, sie erhalten Meldungen und Informationen, Berichte und Hinweise; sie werten aus und erstellen Prognosen. Sie fragen nach und bewerten Einzelheiten; kein Detail ist ihnen zu klein und unwichtig: sie sind jene, die Daten und Einzelheiten sammeln und am Ende oft wertvolle Hinweise über mögliche Trends und Entwicklungen geben können.



Ihr wichtigstes Werkzeug ist der Computer. Mit unzähligen Daten gefüttert, kann aus abgelaufenen kriminellen Ereignissen - und deren Details und Besonderheiten - eine Art Vorausschau erstellt werden. Dabei sind signifikante Merkmale über Täter und Taten, Tatzeiten und Tatorte besonders wichtig. Ebenso werden bestimmte Abläufe, Tatobjekte und Angriffsmodalitäten berücksichtigt. All das lässt mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit wichtige Schlüsse für die Aufklärung von Straftaten und allfälligen Veränderungen der Kriminalität insgesamt zu.

Gliederung und Organisation

Schon sehr früh erkannte man, dass durch bereits abgelaufene Ereignisse und kriminelle Vorgänge wertvolle Hinweise für zukünftige Planungen und Maßnahmen zu gewinnen sind.

Die ersten Bestrebungen hierfür lagen noch vor der Jahrtausendwende und schon ab dem Jahr 2000 wurde eine sogenannte „Analysegruppe“ eingerichtet. Etwas später wurde sie dem KI zugeordnet und ab 2005 in das LKA eingegliedert, wo sie seit 2009 als As-

sistenzdienst/Bereich 2 organisatorisch zuständig ist.

Aufgaben

Die Analyse dient keineswegs nur zur Bewertung und Beurteilung von bereits abgelaufenen Sachverhalten. Vielmehr können dadurch bestimmte Entwicklungen für die Zukunft prognostiziert werden. Täglich treffen bei der Analysegruppe die Ergebnisse von kriminellen Sachverhalten ein. So dient deren Auswertung vor allem für die Führungsebene als eine wichtige Grundlage für die Erstellung von kommenden Maßnahmen und dienstlichen Entscheidungen.

Die gewonnenen Daten stehen auch dem BMI und ebenso dem BKA für dessen weitere Aktionen zur Verfügung. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die sogenannte „Datenbereinigung“. So kommt es z. B. schon einmal vor, dass durch Missverständnisse und Irrtümer aus einem gemeldeten „Wohnungs-ED“ durch genaueres Nachfragen richtigerweise dann ein „Postkasten-ED“ wird.

Den großen Überblick erhält die Führung durch die Datensichtung und deren

Wartung. Dadurch wird erst erkannt, ob es sich z.B. um offensichtliche Einzeltäter oder ganze Serien von Straftaten wie Raub, Brand, Einbruch oder Sexualdelikten handelt.

Tätigkeiten

Grundsätzlich sind zwei große Aufgabengebiete zu unterscheiden:

a) *die strategische Analyse, mit ihrem Schwerpunkt der Erstellung von Lageberichten für bestimmte Tatformen, Details für Ort und Zeit der Täterschaft für entsprechende Gegenmaßnahmen.*

Die Bekanntgabe der Wiener Daten, die für die Wartung des „Sicherheits-Monitors“ notwendig sind.

Die Unterstützung von strategischen Projekten („Grazer Tatzeitmodell“), sowie die Bereitstellung der Analyseplattform Wien für das .BK, usw.

b) *die operative Analyse, hier z.B. Fall begleitende Auswertungen, die unter anderem Rufdaten und Senderstandorte (welche für den Vergleich von Standort und Tatort herangezogen werden) umfassen. Aber auch grafische*

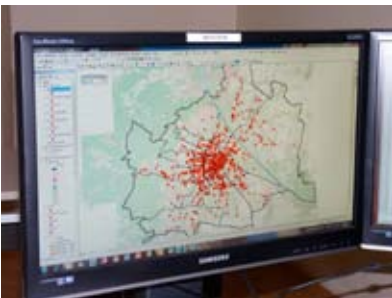
Strukturdarstellungen bei einer großen Suchtgiftamtshandlung oder Bild/Videoauswertungen bei Raub- und Betrugsdelikten, gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Der Betrieb der „Faktotum-Datenbank“ dient vor allem zum Sammeln und Vernetzen von Informationen gleichartiger Sachverhalte. Hier werden auch Fall vergleichende Auswertungen durchgeführt.

Werkzeuge

Um die größtmögliche Genauigkeit bei der Analyse zu erzielen, werden verschiedene Systeme und Hilfsmittel angewandt. Ein geografisches Informationssystem ist ebenso in Verwendung wie ein Programm das bestimmte Ereignisse auf spezifische Ursachen prüft. Gleichzeitig wird auch die Wirkung eingeleiteter Maßnahmen festgestellt.

Im Trendmonitor wiederum kann auf Grund wissenschaftlicher Vorgaben erkannt werden, wie sich die Kriminalität künftig entwickeln wird. Dabei steht die Analyseplattform/Intranet des BMI ebenso zur Verfügung wie die Kriminalstatistik.



Trendmonitor kann mit Hilfe der Wissenschaft Kriminalitätsentwicklungen erkennen

Ausblick

Weil die Arbeit und Aufgaben dieser Abteilung vielleicht nicht allen Polizeibeamten bekannt sind, soll dieser Beitrag deutlich machen, dass sich deren Mitarbeiter durchaus als „Servicestelle“ verstehen. Ihre umfangreiche und vielfältige Ausbildung ist Gewähr dafür, dass sie ihr Wissen anderen erfolgreich zur Verfügung stellen können. Sie sind gerne bereit, die Kollegen/Kolleginnen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

• Willibald Plenk



In den neunziger Jahren bestand bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eine gewaltige Aufbruchsstimmung. Hatte man zuvor die Existenz dieses Phänomens sogar bestritten, so änderte sich diese Einstellung nachhaltig.

Das Bundeskriminalamt Wiesbaden, der Deutsche Justizausschuss, die italienischen Antimafiaeinheiten, das Federal Bureau of Investigations, überall traf man auf Tatkraft, Ideen, Konzepte, auch auf Erfolge, im Kampf gegen das Organisierte Verbrechen. Falcone und Borsolino in Italien standen quasi als Gallionsfiguren für diese positive Wende. Der Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit in Österreich heftete die Ernsthaftigkeit in den Bemühungen gegen die Mafia auf seine Fahne. Auch der damalige Polizeipräsident in Wien richtete eine Spezialeinheit zur Bekämpfung der OK ein. Diese Euphorie ist mittlerweile verflogen. Die Mafia-Organisationen sind weltweit mächtiger, denn je, auch in Österreich.

Wandel im Kampf

Der Wandel im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität hat sicher mehre-

re Ursachen. Die entscheidendste war wahrscheinlich die Entwicklung des Terrorismus als weltweite Bedrohung. Nach den Ereignissen: 9/11 in New York und Washington, Madrid und London hatte man keine andere Wahl als aus Gründen der Aufrechterhaltung der Sicherheit den Terrorismus einzudämmen. Damit mussten viele Ressourcen, die vorher zur Bekämpfung organisierter Kriminalität zur Verfügung standen, den geänderten Prioritäten zugeordnet werden. Aber auch das organisierte Verbrechen hat sich teilweise massiv verändert.

Den Profis in den internationalen Organisationen, wie etwa United Nations, Interpol, Europol, Council of Europe, ist seit längerem bewusst, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen Terrorismus, Organisierter Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Korruption gibt. Gerade Wirtschaftskriminalität und Korruption hängen oft eng zusammen und bilden neue Betäti-

gungsfelder für organisierte Kriminelle. Die qualitative Veränderung des organisierten Verbrechens wurde von der Mafia in Italien eingeleitet.

Bekannte Merkmale

Organisierte Kriminalität weist die bekannten Merkmale auf: Eine Organisationsstruktur, die längere Zeit besteht, auf Gewinn ausgerichtet ist, arbeitsteilig agiert, Gewalt zur Durchsetzung der Ziele einsetzt, spezialisiert auftritt, generell schwach in lokale Strukturen eingebunden ist und auf einem Übereinkommen zwischen den Mitgliedern beruht.

Die neuen Mafiastrukturen weisen in der Regel eine noch höhere Organisationsform auf. Sie sind pyramidenförmig oder mehrfach pyramidenförmig, hierarchisch strukturiert. Ebenso sind sie sehr eng mit lokalen Territorien und politischen Strukturen verbunden und verfügen über vielfache Vernetzungen. Diese ermöglichen ein gleichzeitiges operatives Agieren in verschiedenen Zusammenhängen, Märkten, Orten und Feldern. Die tragfähige Grundlage der Zusammengehörigkeit der „Familie“ bildet die Blutsverwandtschaft, der Ehrenkodex. Aber auch die emotionale, religiöse und kulturelle Verbundenheit miteinander, die zu Respekt und Würdigung der Paten verpflichtet. Die Kommunikation fließt von Oben nach Unten. Diese viel engere Verbundenheit produziert eine wesentlich bessere Effizienz. Die „Cosa Nostra“ in Sizilien,

Best möglicher Profit durch Geldwäsche



OK tötet nur wenn es unausweichlich ist

die „Ndrangheta“ in Kalabrien, die „Camorra“ in Kampanien, die „Sacra Corona Unita“ in Apulien kooperieren heute weit über ihre Grenzen hinaus mit organisierten Gruppierungen aus Russland, Ukraine, Albanien, Moldawien, China und Nigeria.

Gefahr für die Demokratie

Aber es ist nicht nur der engere Zusammenhalt der Mafiagruppierungen der diese gefährlicher und effizienter auftreten lässt, sondern auch die Auswahl der Betätigungsfelder und das Vorgehen selbst. Heute agieren die neuen Mafia Gruppierungen „unsichtbar“. Sie haben sich graduell verändert indem sie sich zu einer ernstesten Gefahr für die Demokratie entwickelt haben. Die Mafia Gruppierungen setzen Gewalt nur mehr dann ein, wenn es unbedingt erforderlich und notwendig ist. Die

moderne Methode ist die, dass man sich in das Geschäft „einkauft“: Es gilt nur mehr der Grundsatz: „do ut des“. Man tötet den Gegner nicht, man kauft ihn. Man kauft sich in das Geschäft und den Gewinn ein.

Die Mafia nennt man seit etwa zwei Jahrzehnten: „Ecomafia“ oder auch „White-Collar Mafia“. Sie besteht aus einer Mischung aus Kriminalität, Politik und Wirtschaft. Es besteht eine derart komplexe Verwandtschaft zwischen prominenten und mächtigen Politikern, Wirtschaftsmanagern und Kriminellen, dass es mit traditionellen Ermittlungsmethoden kaum mehr möglich ist diese Strukturen und Geflechte aufzubrechen. In einigen Ländern haben sich Bürgerinitiativen unter dem Namen „Clean Hands“ oder „Clean States“ gebildet, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Ob das gelingen kann, bleibt abzuwarten. Nach dem Eurispes Bericht 2008 verfügt allein die Italienische Mafia über ein Vermögen von 130 Milliarden Euros.

• Mag. Maximilian Edelbacher

Transnationale Organisierte Kriminalität als umfassende Bedrohung

Am 29. und 30. Juni 2011 fand in der Landesverteidigungsakademie Wien des Österreichischen Bundesheeres ein Symposium zum Thema: „Comprehensive Approach: Definition – Ansätze - Weiterentwicklung“ in fünf Arbeitsgruppen statt. Max Edelbacher und Helmut Bärthl nahmen an der Arbeitsgruppe 5 zum Thema: „Transnationale Organisierte Kriminalität...“ teil. Es wurden in der Arbeitsgruppe zwei Thesen aufgestellt:

1. Die Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) stellt eine umfassende Bedrohung dar
2. Das Österreichische Bundesheer ist durch die TOK Aktivitäten im Einsatzgebiet und in der Heimat betroffen



Heißer Job für Dr. Luczensky

Es gibt Positionen, die fortwährend in der Kritik sind, egal was immer dort gemacht wird. Einer dieser heißen Jobs ist Leiter des Fremdenpolizeilichen Büros. Mit 1. Juli 2011 wurde Hofrat Dr. Manfred Luczensky zum Leiter der Verwaltungspolizeilichen Abteilung der BPD-Wien bestellt, er ist damit auch für das Fremdenpolizeiliche Büro zuständig. Nicht weniger unter Aufsicht der Öffentlichkeit ist das Büro für Waffen- und Veranstaltungsangelegenheiten, für das Luczensky ebenfalls zuständig ist. Das dritte Büro, das Strafregisteramt, wird dagegen kaum in die Kritik kommen. Luczensky folgt Dr. Wilfried Kovarnik nach der die Schwierigkeiten dieses Amtes in einem Interview mit der Zeitschrift Profil aufgezeigt hat (siehe Profil vom 9. Juni 2011).

Dr. Luczensky kommt nicht unwissend in dieses schwere Amt, er gilt sogar als ausgesprochener Experte auf dem Gebiet des Fremdenrechts. Seine erste Aufgabe wird gleich die Umsetzung des neuen Fremdenrechtsänderungsgesetzes sein, das am Tag seiner Amtsübernahme gültig wird. Dr. Luczensky ist seit 1986 Konzeptsbeamter in der BPD-Wien und wurde 2000 zum Leiter des Büros der Sicherheitsdirektion.

Das Österreichische Bundesheer wird vor allem durch den Einsatz am Balkan mit der TOK konfrontiert.

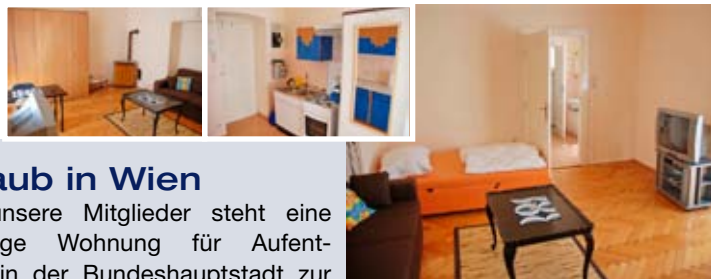
Weltweit werden durch die TOK 1.500 Milliarden US-Dollar pro Jahr umgesetzt (Bericht der Tageszeitung Le Monde, 2011). Der weltweite Umsatz des Drogenhandels beträgt pro Jahr 300-350 Milliarden US-Dollar (Bericht der UNODC, 2011). Die Teilnahme der VKÖ Vertreter half die Gefahren und Ausmaße der TOK ins Bewusstsein zu rücken. Folgende Ergebnisse und Empfehlungen wurden ausgearbeitet:

1. Hintergrundinformationen (oftmalig auch im tägl. DB, LKA-Experte, Unterricht – Sensibilisierung)
2. Peer System (Peers ausbilden, Handlungsanweisungen, Hintergrundinfo, Hilfestellung für Betroffene)
3. EVB (grundsätzlich i.O., Verhaltenstraining, Rollenspiele Sanktionen hinweisen, Kdten: Lagebilder schärfen)
4. Militärpol. Konzept (fehlt völlig, benötigt: Strategiepapier + Ausbildungsprinzipien – Institutionalisierung, MilGeo+Psy*Soz)
5. Prävention (Schulung individ. Verhandlungstechniken).

Beim Balkaneinsatz ergeben sich Probleme aus dem starken Wechselbezug zwischen Österreich und der Balkanregion. Die Präsenz internationaler Organisationen lockt kriminelle Geschäfte, wie Prostitution, Menschenhandel, Drogenhandel, Zigaretenschmuggel an. Die Korruptionsanfälligkeit erlaubt eine Durchsetzung der „Rule of Law“ nur sehr zögerlich. Bestimmte Clans, vorwiegend Albaner, Serben, Bosnier weisen eine hohe Intensität an Kriminalität auf. Die Richtigkeit der beiden Thesen wurde von den Teilnehmern und der Teilnehmerin der Arbeitsgruppe bestätigt.

In den vier anderen Arbeitsgruppen wurden die wissenschaftlichen Grundlagen des Comprehensive Approaches, Problemstellungen des Afghanistan- und des Kosovoeinsatzes und die Verwendung der Sprache als kulturelles Element angesprochen. Im November wird das Arbeitsgruppenergebnis publiziert werden.

- Maximilian Edelbacher
- Helmut Bärthl



Urlaub in Wien

Für unsere Mitglieder steht eine günstige Wohnung für Aufenthalte in der Bundeshauptstadt zur Verfügung. Es wird lediglich ein Unkosten bzw. Reinigungsbeitrag verrechnet.

Die Wohnung ist zentral gelegen, befindet sich in Wien 5, Siebenbrunnfeldgasse 14 (Nähe Matzleinsdorfer Platz) und besteht aus Küche, Wohn/Schlafzimmer und WC (Gesamtgröße ca. 35 m²). Decken, Pölster und Bettwäsche sowie Handtücher sind vorhanden.

Die Wohnung ist für maximal 3 Personen geeignet. Weitere Informationen bei Frau Marion Elsigan (050 133 133 oder sekretariat@kripo.at), Franz Scheucher franz.scheucher@polizei.gv.at oder Ludwig Hinterkörner ludwig.hinterkoerner@kripo.at Tel. 0680/2321687.

Ermittlung bei Delikten mit Sprengstoff

Unserer Serie von Fortbildungsveranstaltungen wird im September mit dem Thema „Explosionen – Pyrotechnik – USBV“ fortgesetzt.

Tag: 20. September 2011, 09.00 Uhr – 15.00 Uhr

Ort: Stadtpolizeikommissariat Floridsdorf, Schulungssaal, 3. Stock, 1210 Wien, Hermann Bahr Strasse 3

Vortragender: Frank M. Stolt

An der Veranstaltung können nur von 25 Personen teilnehmen. Da erfahrungsgemäß großes Interesse besteht, ist unbedingt eine Anmeldung erforderlich (sekretariat@kripo.at).

Sektion Klagenfurt

Harald Jannach, AI.

SPK Klagenfurt

Fachbereich OKD- FB 1

- 1982 – 1984 Grundausbildungslehrgang

für den Polizeidienst in Salzburg

- 1991 -1992 Grundausbildungslehrgang

für den Kriminaldienst

- Ab 1993 Verwendung im Referat 1a Gewalt und Sitte

- Ab 2005 stellvertretender Fachbereichsleiter OK DFB 1

Erreichbar unter harald.jannach@polizei.gv.at



Round table-Gespräch: Wie gefährlich ist das Internet?

Ort: 1230 Wien, Perchtoldsdorferstrasse 2, Volkshochschule Liesing (im HdB Liesing)

Zeit: 13. Oktober 2011, 19.00 Uhr

Vortragende: Dr. Susanne Reindl-Krauskopf, Prof. Gerald Petz, Vortragender auf der FH-Steyr

Mag. Manfred Zirnsack, Innenministerium

Moderation: Mag. Max Edelbacher, ehemaliger Leiter des Wr. Sicherheitsbüros

Im Anschluss an die Veranstaltung lädt die VKÖ zu einem Empfang.



IMPRESSUM

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Richard Benda

Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann

Redaktionssekretariat: Marion Elsigan

Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludwig Hinterkörner, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirnsack, Helmut Tiefenbacher, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärtl, Peter Grolig

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

SPK Eisenstadt, Neusiedler Str. 84, 059 133 15-0,

SPK Graz, Paulustorgasse 8, 059 133 60, Karl Strohmaier

SPK Innsbruck, Kaiserjägerstr. 8, 059 133 70, Wolfgang Knöpfler,

SPK Klagenfurt, St. Ruprechterstraße 3, 059 133 253101, Harald Jannach,

SPK Linz, Nietzschestraße 33, 059 133 45-7526, Helmut Kaiser,

SPK Wels, Dragonerstraße 29, 059 133 4190-324, Martin Müllerner,

SPK St. Pölten, Linzer Straße 47, 059 133 35-3311, Werner Steinböck,

SPK Steyr, Berggasse 2, 059 133-4140 324, Josef Fuchshuber



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at



Unsere Kooperationspartner



WIENER UND LINZER MITGLIEDER-TREFFS

„MITGLIEDERTREFF DER WIENER“

Jeden 1. Montag im Monat ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurgasse,
1090 Wien

„MITGLIEDERTREFF DER LINZER“

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPo STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE

Ernestine Singer, Witwe nach Alexander Singer,

Vösendorf
im 91. Lebensjahr,

Anton Konrad, AI. Linz

im 77. Lebensjahr,

Hans Kalis, Oberst Salzburg

im 84. Lebensjahr,

Peter Kogler, CI. Innsbruck

im 70. Lebensjahr,

Karl Lischka, Oberst Wien

im 81. Lebensjahr,



Organisierte Kriminalität am Beispiel Kosovo

Die Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) gilt gegenwärtig als eine der wesentlichen Bedrohungen für die globale, europäische und österreichische Sicherheit. In internationalen und nationalen Sicherheitsdokumenten werden einhellig der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel als sicherheitsrelevante grenzüberschreitende OK-Aktivitäten deklariert.

Die TOK ist dynamischen Prozessen unterworfen und nimmt an Qualität und Quantität zu. Ein wesentlicher Grund für die Zunahme dieser Bedrohung sind unter anderem die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen nach 1989. Moderne Kommunikationstechnologie, Verarmung großer Teile der Weltbevölkerung, Bürgerkriege sowie Ressourcenknappheit, Aushöhlung staatlicher Regularien durch Globalisierungstendenzen, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise gehören dazu. Auch fehlgeleitete Integrationstendenzen, insbesondere die Bildung von Parallelgesellschaften, müssen kritisch evaluiert werden. Neben wirtschaftlichen,- und entwicklungspolitischen Präventivmaßnahmen sind vor allem nationalstaatliche Sicherheitsorgane mit der aktiven grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung beauftragt, in Österreich in erster Linie das Bundeskriminalamt (BKA). Für die Beurteilung der OK - Lage in

Österreich und der damit verbundenen Bedrohungen haben Bürgerkriege und schwache Staaten aus zwei Gründen eine große Bedeutung. So wurde die Sicherheit Österreichs während der Kriege in Jugoslawien durch einen Anstieg von Kriminalität beeinträchtigt. Gleichzeitig weisen Staaten des Westbalkans nach wie vor eine defizitäre Erscheinung der staatlichen Strukturen auf, was grenzüberschreitende OK fördert. In diesem Beitrag soll vor allem das Kosovo als Fallbeispiel behandelt werden bzw. ob daraus Bedrohungen für Österreich resultieren.

Ein schwacher Staat

Das Kosovo als einen „schwachen Staat“ zu bezeichnen, hängt nicht primär von subjektiven Interpretationen ab. Es ist vielmehr an konkrete empirische Fakten gebunden. Diese weisen auf strukturelle Schwächen der ehemaligen serbischen

Provinz hin. Zu den wesentlichsten Parametern „staatlicher Schwäche“ zählen folgende:

- Die kosovarische Regierung übt keine rechtsstaatliche Kontrolle über das gesamte Territorium aus. Im Norden des Kosovo, wo ca. 70.000 Serben leben, gilt die serbische Gesetzgebung.
- Kontrolle der Grenzen ist nicht vollständig gegeben, was Drogen-, Waffen- und Menschenhandel fördert.
- Korruption und OK ist sehr stark ausgeprägt.
- Kosovo liegt an der zentralen Balkanroute, über die Heroin aus Afghanistan nach Europa transportiert wird. Nach Schätzungen werden 4 - 5 Tonnen Heroin monatlich über die Grenzen geschmuggelt. Vermutlich beträgt der Tagesumsatz aller OK-Aktivitäten im Kosovo 1,5 Millionen Euro.
- Von 2,1 Millionen Menschen im Kosovo leben 45% unter der Armutsgrenze.

- Die enorme Arbeitslosigkeit trifft vor allem Jugendliche, so sind 73% der Jugendlichen zwischen 15 -24 Jahren arbeitslos.

Diese institutionellen, strukturellen und sozioökonomischen Schwächen müssen im Zusammenhang des mehrere Generationen überdauernden Konfliktes zwischen Serben und Kosovoalbanern gesehen werden. Schließlich führten die Feindseligkeiten während des Regimes von Slobodan Milošević in den Jahren 1998-1999 zu einem Krieg zwischen der Kosovo - Albanischen Befreiungsarmee UÇK und den Belgrader Sicherheitskräften. Der Krieg ist somit nicht nur für die gegenwärtigen „staatlichen Schwächen“, sondern auch für die Analyse der TOK - Bedrohungen, ausgehend aus dem Kosovo, von höchster Bedeutung.

Bedrohungen für die EU

Die Beurteilung der TOK - Bedrohungen, ausgehend vom Kosovo, ist deshalb schwierig, weil in offiziellen Quellen von der Europäischen Polizei (EUROPOL) kaum eine Unterscheidung zwischen albanischen Kriminellen aus dem Kosovo und anderen von Albanern bewohnten Gebiete auf dem Westbalkan (Albanien, Mazedonien, Montenegro, Südserbien) erfolgt. Somit werden in der Fachliteratur allgemein „albanische OK - Bedrohungen“ erwähnt. Dabei wird nicht näher auf die Herkunft von Straftätergruppen eingegangen. EUROPOL bezeichnet relevante albanische Strukturen als „albanisch sprachige OK - Gruppen“. Das resultiert einerseits aus Kooperationen zwischen unterschiedlichen albanischen Akteuren und andererseits durch viele gemeinsame Attribute wie Organisationsstruktur und Vorgehensweise. Typisch ist dies vor allem für jene aus dem Kosovo und Albanien, die bei der Etablierung auf den illegalen Märkten Europas eine gemeinsame Entwicklung aufweisen.

Jana Arsovska, die sich mit diesen Fragen auch wissenschaftlich beschäftigt, unterteilt die Aktivitäten von albanischen

OK - Akteuren in der EU in drei zeitliche Phasen.

Die erste Phase erfolgte zu Beginn der 90er Jahre und wurde durch die schlechte gesellschaftspolitische Situation im Kosovo nach der Aufhebung der Autonomie, aber auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Albanien ausgelöst. Die Folge waren Auswanderungswellen. Alleine aus dem Kosovo wanderten zu Beginn der 1990-er Jahre ca. 370.000 Personen nach Westeuropa und Nordamerika aus. Zu dieser Zeit nahmen auch die illegalen Aktivitäten von albanischen OK - Gruppen in europäischen Staaten zu. In den Jahren 1996-1998 wurde die zweite Phase der kosovoalba-



Albanische OK drängt verstärkt in den Drogenmarkt

nischen OK - Bedrohungen eingeleitet. In dieser Zeit haben albanische OK - Gruppen in einigen europäischen Staaten die Kontrolle über den Heroinmarkt übernommen. Dieser wurde bis dahin von kriminellen Organisationen aus der Türkei dominiert.

Finanzierung über Drogengeld

Am Höhepunkt des Krieges im Kosovo mussten Finanzmittel von der UÇK bereitgestellt werden, um den bewaffneten Kampf gegen Belgrader Sicherheitskräfte fortführen zu können. Weil dies auch über den Suchtmittelhandel erfolgte, stiegen die TOK - Bedrohungen in jenen Staaten, in denen sich vor allem die lukrativen Drogenmärkte befanden.

Nach dem Krieg blieben die OK - Netzwerke aus dem Kosovo in den EU-Staaten weiterhin aktiv. Jedoch war ab dem Jahr 2003 eine neue Phase erkennbar. Demnach wurden in einigen EU-Staaten einerseits flachere und flexiblere OK - Strukturen gebildet und andererseits hat der Einsatz offener Gewalt nachgelassen. Bis dahin wurde von albanischen Kriminellen in den 1990-er Jahren eine sehr hohe Gewaltbereitschaft mit Waffengebrauch an den Tag gelegt. Das brachte vor allem Vorteile gegenüber Konkurrenten und ermöglichte schließlich auch die Führungsrolle auf den illegalen Märkten.

Diese gewalttätige Vorgangsweise führte

zwangsläufig auch zu massiven Gegenmaßnahmen der jeweiligen Strafverfolgungsbehörden und schadete im Laufe der Zeit den eigenen illegalen Geschäften.

Das Schwergewicht der Aktivitäten der „albanisch - sprachigen“ OK - Gruppen, liegt auch nach dem Krieg beim Handel mit Heroin. Jedoch spielen entsprechende Gruppierungen auch beim Menschenhandel eine wichtige Rolle. In den Jahren 2004 und 2005 wurden albanische OK-Gruppen von EUROPOL konkret als eine Bedrohung klassifiziert. Laut EUROPOL kontrollierten 2005 albanische OK - Gruppen 80% des Heroinhandels in Nordeuropa und 40% in westeuropäischen Staaten. Danach dürfte die Bedeutung von albanischen OK-Gruppen abgenom-

men haben. Im aktuellen Lagebericht von EUROPOL über OK-Bedrohungen in der EU (Organized Crime Threat Assessment/ 2011) werden türkische und „albanischsprachige“ OK-Gruppen als die wichtigsten Straftätergruppen beim Heroinhandel bezeichnet. Wobei die „albanischsprachigen“ Gruppierungen generell in unterschiedliche TOK-Aktivitäten involviert sind. Unklar ist, inwieweit Albaner aus dem Kosovo und aus anderen Gebieten in die TOK-Aktivitäten eingebunden sind.

Österreich ein kriminelles Aktionsfeld

Was die allgemeine Bedrohungslage durch TOK aus dem Kosovo in Österreich anbelangt, so lassen sich Entwicklungstendenzen nicht unabhängig von jenen in der EU analysieren. Die Anfänge des kriminellen Engagements von Kosovoalbanern reichen in die späten 1980-er Jahre in den Bereich des Menschenhandels und sind durch einen steten Anstieg zu Beginn der 1990-er Jahre charakterisiert.

Österreich ist traditionell ein wichtiges „Aktionsfeld“ für Kriminelle aus den ex-jugoslawischen Staaten. Die Qualität und Quantität der Straftaten änderte sich jedoch vor allem zur Zeit der Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Hier ist zu betonen, dass Straftäter aus Serbien übermäßig in Österreich aktiv waren und dies nach wie vor sind. Während der Kriege war das Ausmaß an Aktivitäten diverser ex-jugoslawischer OK - Gruppen in Österreich signifikant höher und nahm nach Beendigung des Krieges wieder ab. Daher wurde Österreich von unterschiedlichen kriminellen Organisationen als Operationsbasis für die Finanzierung von Kampfhandlungen im Zuge des Zerfalls von Jugoslawien genutzt. Auch albanische Akteure waren während des Kosovokrieges in Österreich aktiv. So wie es auch in anderen EU-Staaten beobachtet wurde, übernahmen sie partiell die Kontrolle über die

österreichischen Heroinmärkte von türkischen OK - Gruppen. In den Jahren 1998-1999 wurden OK - Aktivitäten von Kosovoalbanern direkt in Österreich im Auftrag von Hintermännern im Ausland ausgeführt. Das geschah vor allem um die notwendigen Finanzmittel für den bewaffneten Kampf gegen die jugoslawische Armee und serbische Polizei aufbringen zu können.

Strukturen haben sich verändert

Für Österreich kann ebenfalls festgestellt werden, dass die Bedrohungen durch Kosovoalbaner insbesondere im Bereich der Drogenkriminalität seit dem Kriegsende abgenommen haben und daher alte OK - Strukturen oder neue OK - Akteure auf die illegalen Märkte gelangten. Einerseits haben türkische Straftätergruppen ihre Position aus der Vorkriegszeit teilweise wiedererlangt und andererseits nehmen auch nigerianische und serbische Akteure im Drogenhandel eine immer stärkere Position ein.

Das Kosovo ist aber als Depotland für Heroin und verwandte Produkte nach wie vor von großer Bedeutung für Österreich. Laut Aussagen eines Experten des LKA-Wien kommen realistischen Schätzungen zufolge 100kg Heroin im Monat aus dem Kosovo nach Österreich, Somit gelangen bis zu 80% dieser Droge über das Kosovo auf den österreichischen Markt. Aufgrund der Tatsache, dass in Österreich Kosovoalbaner die geringste Anzahl von allen ex-jugoslawischen Staatsangehörigen stellen – ca. 9.000 Kosovoalbaner und 114.400 Serben haben in Österreich einen aufrechten Aufenthaltstitel – ist auch das Rekrutierungspotential der eigenen Landsleute durch OK-Gruppen aus dem Kosovo hierzulande eher gering. Daher sind Kosovoalbaner im unmittelbaren Vertrieb von Heroin und anderen Drogen in Österreich nicht führend. Das tatsächliche Ausmaß an den direkten TOK-Verbindungen zwischen dem Kosovo und Österreich, und den damit

verbundenen Bedrohungen, kann von Fachleuten nur geschätzt werden.

So stellt die Zahl der im Ausland lebenden Staatsangehörigen einen Indikator für mögliche Bedrohungen dar. So ist in der Schweiz (ca. 160.000 Kosovoalbaner) oder Deutschland (ca. 270.000 Kosovoalbaner) die unmittelbare Bedrohungslage eine andere als in Österreich. In Deutschland wurden zudem auch Fälle bekannt, in denen Mitglieder von albanischen OK-Gruppen direkten Einfluss auf Lokalpolitiker nahmen.

Allerdings ist auch in Österreich zu beobachten, dass die Aktivitäten von kosovoalbanischen OK - Gruppen besonders im Bereich des Heroinhandels ab 2010 wieder zugenommen haben. Beim Vertrieb werden verstärkt serbische Staatsangehörige oder in Österreich lebende Serben eingesetzt. Trotzdem hat das gegenwärtige Ausmaß von kosovoalbanischen Akteuren nicht jenes Niveau wie zur Zeit des Krieges oder unmittelbar nachher. Somit stellen Aktivitäten von kosovoalbanischen Straftätern oder jenen Netzwerken, die mit OK-Gruppen aus dem Kosovo kooperieren, laut Experten aus dem .BK keine „herausragende Bedrohung“ dar. Generell sind aber OK - Gruppen aus dem südosteuropäischen Raum in Österreich bei der Begehung von schweren Straftaten führend. Daher kommt den Staaten des Westbalkans aus sicherheitspolitischer Sicht eine wesentliche Rolle zu. Weil eine erfolgreiche Bekämpfung der TOK nur in enger Zusammenarbeit mit den Behörden in den jeweiligen Staaten erfolgen kann, ist das .BK im Rahmen von bilateralen Abkommen sowie EU-Projekten bemüht, die lokalen Polizeistrukturen auch im Kosovo zu unterstützen. Dadurch profitieren Strafverfolgungsbehörden vor Ort, was sich in weiterer Folge auch positiv auf die Sicherheitslage in Österreich auswirkt.

• Rastislav Báchora

Im Internet setzt das Hirn aus

Einem Thema, das vor einem Jahrzehnt noch keines war, widmet sich der erste vom Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ) veranstaltete Sicherheitskongress – der Cyberkriminalität.

"Je sicherer man sich fühlt, desto mehr sinkt die eigene Wachsamkeit. Genau deshalb kommt es in Österreich, einem der sichersten Länder der Welt, auf eine Stärkung der Präventionsarbeit an. Die Sicherheit darf nicht nur reagieren, wenn etwas vorgefallen ist, sondern muss aktiv präventiv agieren." Mit diesen eindringlichen Worten eröffnete Mag. Erwin Hameseder, Präsident des Kuratoriums Sicheres Österreich, den gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres organisierten Sicherheitskongress 2011 unter dem Thema "Cyber Crime & Cyber Security" im Wiener Messezentrum.

Für diese Sicherheit, und vor allem hinsichtlich der aktuellen Bedrohungslage durch Internet-Kriminalität, seien Investitionen genauso notwendig wie eine Einbindung der Wirtschaft und eine permanente Aus- und Weiterbildung der Si-

cherheitskräfte. Doch auch das alleine reiche nicht aus. "Cyber Crime kennt keine Landesgrenzen", so Hameseder. Daher sei auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden notwendig.

Bundesinnenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner zeigte in ihrem ersten offiziellen Auftritt als neue Innenministerin die Aktualität des Themas IT-Kriminalität auf. "Vor wenigen Jahren wurde das Internet nur von einer Handvoll Personen genutzt. Im Jahr 2011 sind aber über 70 Prozent der Österreicher online. Das ist eine Entwicklung, die sich niemand vorstellen konnte", so Mikl-Leitner. Das Internet bestimme unseren Alltag, und in diesen würden sich demnach auch die Schattenseiten des Netzes einschleichen. Ebenso wie die Zahl der Nutzer seien auch die Fälle von Internet-Krimi-

nalität enorm gestiegen. Zudem halte dieser Anstieg stetig an. "Wir sprechen hier nicht von Steigerungen um 10 oder 20 Prozent pro Jahr. Wir sprechen hier von Steigerungen um bis zu 400 Prozent pro Jahr. Um diese Entwicklung zu bekämpfen sind neue Instrumentarien notwendig. Wir müssen die technischen Voraussetzungen schaffen, notwendige Vernetzungen schaffen und gemeinsame Strategien entwickeln", so die Bundesinnenministerin weiter. Die Ministerin bezog sich dabei auf offizielle Zahlen der Kriminalstatistik. Während z. B. 2001 685 Anzeigen wegen Betrugs via Internet registriert wurden, waren es 2010 bereits 4.450. Damit betonte sie gleichzeitig die Notwendigkeit der bereits gestarteten Cyber-Sicherheitsstrategie des Innenministeriums. Bestandteil dieser ist die Einrichtung eines

Cyber-Crime-Competence Centers (C4), das unter der Federführung des Bundeskriminalamtes und in direkter Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung und dem Bundesamt für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung national und international tätig ist.

"Mit dem C4 haben wir eine Plattform geschaffen, die es uns noch besser ermöglicht, schnell und abgestimmt zu agieren und zu analysieren. Dieses Know-how wird dann an die regionalen Ermittler weitergegeben", betonte Mikl-Leitner.

Es folgten im Plenum, dem ca. 400 Personen beiwohnten, Vorträge von Mag. Christian Jechoutek (Assistant Director Europol) und Univ. Prof. DDr. Christian Stadler die die Situation von der internationalen polizeilichen bzw. von der psychologischen Seite beleuchteten. Drei Panels befassten sich mit sozialen Netzwerken, Cyber Crime und mobile Endgeräte als Sicherheitsfalle. Für Polizeibeamte war vor allem Panel 2 über Cyber Crime von Interesse.

Das Internet gehört zu unserem Alltag wie der morgendliche Kaffee. Naja, für den Großteil der Bevölkerung zumindest. Für die Generation der 9 -16 jährigen auf jeden Fall, bereits 98% benutzen das Netz. Nicht in unseren Alltag eingeflossen ist allerdings das Bewusstsein über die Bedrohungen im Netz, wie Dr. Christain Stadler, Universität Wien, Robert Schischka, Computer Emergency Response Team (CERT) Austria, Mag. Leopold Löschl, Bundeskriminalamt Abt. 5.2, Brigadier Karlheinz Dudek, Leiter Fortbildung an der Sicherheitsakademie des BM.I (SIAK) und Anna Burgard, KfV, im einer Diskussionsrunde im Rahmen des Sicherheitskongresses einstimmig betonten. Eine durch das Kuratorium für Verkehrssicherheit durchgeführte Studie brachte in dieser Hinsicht erschreckendes zu Tage: 68 Prozent aller Nutzer machten Privatangaben im Netz, wobei Frauen eine niedrigere Hemmschwelle aufwiesen. Rund ein Viertel aller User seien schon mal von einer fremden Person in einem Social Network kontaktiert worden, viele hätten bereits eigene negative Erfahrungen mit Internetshopping gemacht. "Alle Formen des Cyber-Crime sind den Usern bekannt. Oftmals wurden sogar schon persönliche Erfahrungen mit einer solchen gemacht", so Burgard. Die Internet-Kriminalität sei also nicht nur weit verbreitet, sondern auch weitläufig bekannt. Dennoch: "Es gibt zu wenig Aufklärung über den richtigen Umgang mit dem Internet", so Burgard weiter.

Schischka verdeutlichte recht eindrucksvoll das falsche Gefühl von Sicherheit am eigenen, heimischen Rechner, sowie die viel niedrigere Hemmschwelle im Internet. "Wenn Ihnen auf der Straße jemand 10 Euro schenken will, klingeln doch bei jedem die Alarmglocken. Wohl niemand würde das annehmen. Bietet Ihnen aber jemand im Internet 100 Millionen Euro als Geschenk an, entstehen erst gar keine Bedenken. Entweder setzt bei 100 Millionen einfach das Gehirn aus, oder man fürchtet sich im Netz einfach vor den falschen Dingen", so Schischka. Der häufigste Angriffsfall im Internet seien eben keine Terroranschläge, sondern weitaus profanere Dinge.

• Patricia Linnertz



Fachgespräche am VKÖ-Stand. v.l.n.r. Franz Skant, Michael Mimra, Richard Benda, Christian Jechoutek

Innenministerin Mikl-Leitner besuchte den VKÖ-Informationsstand



VKÖ-Präsident Richard Benda und Kunstmann

VKÖ beim Sicherheitskongress

Unsere Vereinigung Kriminaldienst Österreich ist als einzige Polizeivereinigung Mitglied des Kuratoriums Sicheres Österreich und beteiligte sich auch an diesem Sicherheitskongress. Bei einem Informationstisch wurde die soeben erschienene Broschüre „Tatort Internet“ verteilt und mittels einer Power Point Ziele und Tätigkeit der VKÖ den Besuchern nahegebracht.

OK ist mehr

Die verschiedenen Spielarten der Kriminalität werden in der Bevölkerung unterschiedlich wahrgenommen. Ein Banküberfall regt auf, ein Einbruch schon weniger und Internetkriminalität eigentlich gar nicht. Diametral dagegen steht die Anzahl der Delikte. Internetkriminalität wird im Minutentakt begangen, Einbrüche täglich und Banküberfälle selten. Sollte man da nicht die Bevölkerung sensibilisieren?

Als der damalige Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Michael Sika, Anfang der 90er Jahre organisierte Kriminalität (kurz OK) in Österreich ziemlich emotional thematisierte, waren die Reaktionen zurückhaltend bis kritisch. Sika wurde belächelt, als „Erfinder der OK“ verhöhnt. Heute spottet niemand mehr, wobei die Definition, was (alles) unter den Begriff OK fällt, vielschichtig ist. Sie hat oft mit gesellschaftlichen bzw. politischen Entwicklungen zu tun. Die italienische Mafia hätte kaum globale Ausmaße angenommen, wären ihre Paten nicht von den Amerikanern im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die Nazis instrumentalisiert worden. Ihr russisches Pendant wäre ohne Glasnost und Perestroika nur schwer über den Eisernen Vorhang gekommen. Und – last but not least – haben auch kolumbianische Kartelle und afghanische „Freiheitskämpfer“ lange Zeit auf (verdeckte) staatliche US-Hilfe setzen können, weil Geheimdienste eigene Strategien verfolgten, während die USA zugleich einen Krieg gegen die von ihren „Schützlingen“ produzierten und verkauften Drogen führten.

Apropos Drogen: In Österreich sind im vergangenen Jahr Suchtgifte aller Art im hochgerechneten Schwarzmarktwert von exakt 49.311.422 Euro sichergestellt worden. Diese Zahl, nachzulesen im kürzlich präsentierten „Suchtmittel

Jahresbericht 2010“, macht eindrucksvoll deutlich, welche Dimensionen das Thema Drogen hat, ist doch wohl wenig Phantasie notwendig, um auch nur ansatzweise zu erahnen, wie hoch der Wert nicht beschlagnahmter Substanzen ist. Schätzungen zufolge, werden damit weltweit bis zu 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr umgesetzt.

Enorme Verdienste

Doch OK ist mehr. Hinter Taschen- und Autodiebstählen stecken organisierte Banden ebenso wie hinter Wohnungseinbrüchen und Menschenhandel, modernen Formen der Sklaverei, Prostitution inklusive. Das sind jene Kriminalitätsformen, die man gewissermaßen spürt und sieht. Weit weniger transparent sind Wirtschaftsverbrechen. Sie sind freilich untrennbar mit „klassischer“ Kriminalität verbunden, weil unseriöses erwirtschaftetes Geld in den legalen Kreislauf zurückfließt. Zugleich werden Milliarden unterschlagen, verspekuliert oder als Fördergelder abgezockt. Laut EUROPOL erfreut sich der (Subventions-)Betrug mit CO₂-Emissionszertifikaten neuerdings besonderer Beliebtheit. Auch Gaune-

reien mit Bank- und Kreditkarten gehen auf das Konto krimineller Gruppierungen, die allein in dieser Sparte im Vorjahr in der EU schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro eingenommen haben. Enorm sind auch die Verdienste, die mit eingangs erwähntem Zigaretten-Schmuggel bzw. Produktpiraterie gemacht werden.

In dem undurchschaubaren Geflecht finden sich nicht selten – zumindest auf den ersten Blick – honorige Wirtschaftstreibende und Politiker, die sich bestenfalls nur blauäugig auf zweifelhafte Geschäfte einlassen. Dabei sind gerade diese sogenannten Spitzen der Gesellschaft – nicht nur in Österreich – gefordert, dem Treiben Einhalt zu gebieten. Ein Unterfangen, das schwieriger nicht sein könnte. Mit Verboten und Gesetzen alleine ist aber ohnedies wenig bis nichts zu gewinnen. Das hat die Prohibition in den USA in den 20er/30er Jahren bewiesen, die die Cosa Nostra erst zu dem gemacht hat, was sie de facto bis heute ist: Ein multinationaler Konzern, dessen Gewinne selbst Finanzminister vor Neid erblassen lassen (nein, das ist jetzt kein Seitenhieb auf KHG, Anm.).

• Peter Grolig



Ente in der Krone



Schlechte Recherche oder bewußte Manipulation?

Kronenzeitung, 9. Juni 2011, Seite 16 – Rüge für couragierten Polizisten, Untertitel: Beamter in Zivil ertappt Fahrraddieb und stellt sich in den Dienst – „Amtsmissbrauch“.

Im folgenden Artikel schreibt der Redakteur Klaus Loibnegger, dass ein Polizist außer Dienst einen Fahrraddieb auf frischer Tat ertappt hätte, sich in den Dienst stellte und den Täter dingfest gemacht habe. Statt einer Belobigung erntete der Beamte eine Rüge wegen Amtsmissbrauch. Nach einer Dienstanweisung wäre der Wert des gestohlenen Fahrrades zu gering gewesen. In Faksimile wurde ein Auszug einer Dienstanweisung gezeigt, in der ein Wert von 36.337,- angeführt ist. Ein zweiter Krone-Journalist gibt dazu als Kommentar den Ratschlag doch in Zukunft lieber wegzuschauen um keine „Brösel“ zu haben. Der Wiener FP-Klubobmann wittert sofort einen Skandal und rügt die Polizeiführung. So weit – so Krone.

Eine Schweinerei wenn es wahr ist, dachte sich nicht nur die Redaktion von kripo.at, sondern auch viele Kollegen. Kümmerst Euch um diese Sache war der Kollegenwunsch an uns. Wenn es wahr ist, dann ist das tatsächlich eine Schweinerei und wenn es nicht wahr ist erst recht war die einhellige Meinung. Unsere Redakteure nutzten sofort ihr Netzwerk um Details der „Schweinerei“ zu ermitteln. Das Ergebnis war bedenklich.

Obwohl dutzende Kollegen in ganz Wien befragt wurden, wusste niemand etwas Genaues. Im 15. oder 14. Bezirk soll es gewesen sein, eine Polizistin und kein männlicher Kollege und dies und das und jeder hatte nur über fünf Ecken etwas gehört. Auch bei diversen Gewerkschaftsfunktionären, einschließlich der Blauen, wurden nachgefragt – Njente. Niemand hat um gewerkschaftlichen Schutz angesucht, ja es wurde nicht einmal angefragt.

Also offizielle Anfrage der kripo.at-Redaktion beim Landespolizeikommando Wien. Man hätte auf Grund des Artikels sämtliche Leiter von Organisationseinheiten

und viele Führungskräfte um Antwort gebeten ob irgendwo der Fall bekannt sei, erklärte man uns. Nada – keine einzige Inspektion antwortete positiv. Selbstverständlich wurde vom LPK bei der Krone um Details angefragt. Man hüllt sich in Schweigen. Und Herr Gudenus? Der will den Namen nicht sagen um den Beamten vor Repressalien zu schützen.

Wenn man bei Ermittlungen nicht weiterkommt, dann versucht man es mit Analogieschlüssen. Wie wurde bisher mit Beamten umgegangen, die sich in den Dienst stellten um Täter festzuhalten. Nun, die Zahl jener die aus diesem Grund belobigt wurden ist erfreulich. Offensichtlich sind Polizisten tatsächlich immer im Dienst, auch wenn sie frei haben. Warum sollte aber z. B. ein Beamter, der einen Zeitungskassendieb stellt belobigt werden und einer der eines Fahrraddiebes habhaft wird wegen Amtsmissbrauch bestraft werden? Unwahrscheinlich. Ein Blick in das STGB hätte übrigens klargestellt, dass Amtsmissbrauch in so einem Fall nie und nimmer zutrifft und schon gar keine Rüge wegen des Offizialdeliktes Amtsmissbrauch möglich, sondern eine Anzeige zwingend wäre.

Erhebt sich noch die Frage, gibt es tatsächlich eine Dienstanweisung die eine Wertgrenze von 36.337,- angibt und wie kommt man auf diese eigenartige Summe? Ja, diese Dienstanweisung gibt es, eigentlich hat es gegeben, denn sie wurde mit einer neuen Dienstanweisung (230099/1/2011) außer Kraft gesetzt. Mit beiden DA wird das SPG bzw. das BDG kommentiert, das die Fälle der Indienststellung regelt. Lt. SPG § 31 und Richtlinienverordnung § 1, Abs. 3 darf ein Beamter zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr Leben, Gesundheit, Freiheit von Menschen oder für fremdes Eigentum in groß-

em Ausmaß einschreiten. Ursprünglich wurde das „große Ausmaß“ mit 500.000 Schilling angenommen, die Eurosumme ist nur die Umrechnung. Für die Laien von der Krone: Maßgebend für die Wertgrenze ist das Gesetz und nicht eine Dienstanweisung. Eine Polizeibehörde kann mit einer DA ein Gesetz nicht korrigieren. Wenn man also die Summe für „großes Ausmaß“ ändern will, muss man sich an das Parlament wenden und nicht die Polizei rügen.

• R.B.

KOMMENTAR

Cui bono – Wem nützt es?

Soweit es sich bisher feststellen lässt, ist die Geschichte in der Kronenzeitung eine Ente. Es erhebt sich daher die Frage: Wem nützt es? Natürlich könnte der Redakteur einer übertriebenen Geschichte am Wirtshaustisch aufgesessen sein, aber was lernt schon jeder Journalistenlehrling: Check, Gegencheck, noch mal Check. Und wo war der Chronik-Ressortleiter? Ein derartiger Artikel in der Krone ohne Wissen der Chefetage? Es erhebt sich somit der Verdacht, dass hier bewusst die Leser, vor allem Polizeibeamte manipuliert werden sollten. Offensichtlich sollte die Wiener Polizeiführung durch diesen Artikel diskreditiert werden - Hintergrund nur wir machen es besser. Es ist nicht die Aufgabe der VKÖ die Polizeiführung zu verteidigen, doch Falschmeldungen muss man entgegenreten, egal wer der Betroffene ist. Jedenfalls hat man im LPK prompt reagiert und sofort eine neue Dienstanweisung herausgebracht um Unklarheiten zu beseitigen. LPK General Mahrer hat mir persönlich versichert „Kein Polizeibeamte muss befürchten bei einem Einschreiten außer Dienst bestraft zu werden“. Der Aufruf des Kronenzeitungskommentators bei einem wahrgenommenen Delikt wegzuschauen wäre kontraproduktiv und schädlich für alle Polizeibeamte.

• Richard Benda,
Präsident VKÖ